

Diese Zeitung erscheint jede Woche, Sonnabends.

Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,10 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die dreizehnpalt. Zeile.

Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Frey.

Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prüll, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M., Rathenauplatz 3.

Fernsprechanstöße 2 28 41 und 2 28 42.

Eine Regierung gegen Republik, gegen Demokratie und gegen die Arbeitnehmerschaft.

Ein Volk ohne Kopf.

Seit Papen, der Freund Hindenburgs, Reichskanzler war, ist es im Reich und in Preußen gelungen, alle wirklichen „Köpfe“ von Bedeutung zu beseitigen oder für die Reaktion unschädlich zu machen. Und sonderbar: diese Köpfe waren alle Republikaner und zum Teil Marxisten. Also geht der Kampf gegen die Republik. Seit Papen hat das deutsche Volk keinen Kopf mehr. Ob Hindenburg das nicht weiß? Er ist nämlich selbst bald am Ende seiner Funktionsmöglichkeit angekommen. Oder kann er wieder zurück zu Weimar? Und wiederum eine Laffache: Die Weimarer Koalitionsregierungen waren an geistig hochstehenden Persönlichkeiten nicht arm. Ihre Amtsdauer zählte meistens nach Jahren, nicht nach Monaten, wie seit Papen. Die Weimarer Koalitionsregierungen weisen wirklich Staatsmänner auf. Aber wo sind sie seit Papen?

Weshalb mußte eigentlich die Regierung Schleicher am 28. Januar gehen? Weil sie keine Mehrheit im Reichstag hatte? Hitler hat auch keine. Weshalb erhielt Schleicher nicht das Auflösungsdekret? Weshalb erhält Hitler es? Von welchen Motiven ließ Hindenburg sich leiten bei seiner verschiedenartigen Einstellung zu Schleicher und Hitler?

Militärputschgefahr? Wer hat denn das Militär am 20. Juli in Preußen zum Staatsfeind verwendet?

Was ist denn mit der Regierung Hitler erreicht? Glaubt wirklich ein kluger Mensch in Deutschland, Hitler könne allen helfen oder könne überhaupt helfen? Ist er ein Hegenmeister? Hitler kann gar nichts, als den Kapitalisten und den Junkern, die ihr Vermögen „verjagt, verhurkt und veroffen“ haben, noch mehr geben. Das erwarten sie auch. Dafür besolden sie die nationalsozialistischen Mörder und Raubmörder. Ein Erfolg ist zu buchen, seit dem Regierungsantritt Hitlers ist das braune Verbrechergesindel besonders frech geworden. Tote auf Tote, trotz der Preußenkommissare. Diese verdächtig braunen Burschen sehen sich schon als Armee I, während die Reichswehr Armee II werden soll, wie in Italien.

Die „Deutsche Zeitung“ nannte ja das Kabinett Hitler „die letzte Reserve des deutschen Volkes“. Das dürfte ein Irrtum sein, und es muß wohl richtiger heißen, die Regierung Hitler ist die letzte Reserve des deutschen Bürgerturns.

Das deutsche Volk hat noch massenhaft geistig und moralisch gesunde Reserven in seinen republikanischen Volksteilen, in den selbständigen (nicht gekauften) Arbeitnehmerorganisationen. Die Regierung Hitler wollte ja ein Jahr lang vom Reichstag, d. h. von seiner Kontrolle, befreit sein, sie wollte vollständig freie Hand für ihre Handlungen. Ein Staatsnotstand soll bestehen. Ja, der Notstand besteht bei

den Arbeitslosen, den Sozialrentnern, den Kriegsbeschädigten usw., denen Papen ihre paar Nickel zum Teil weggenommen und den Junkern und Industriellen gegeben hat. „Spiegelberg, ich kenne dir.“ Wir kennen die Freundschaft Hitlers, Papens und Hugenberg's mit der deutschen Republik. Sie haben uns selbst oft genug versichert, was sie vorhaben, und Papen hat am 20. Juli 1932 durch die Tat gezeigt, wie er auf eigene Faust die Verfassung ändert. Und Hitler hat in seiner staatsmännischen Radiorede vom 1. Februar 1933 bereits mit Keulen dreingeschlagen, ohne daß wir gelernt hätten, ihn zu fürchten. Außerdem braucht sich niemand einzubilden, daß Hitler die Reichspolitik bestimmt, das machen Papen und Hugenberg. Hitler ist wirklich nur ein Gefangener.

Eine solche Rede wie Hitler hat noch kein Reichskanzler gehalten.

Wie kann ein Mann an solcher Stelle das Wort Novemberverbrecher aussprechen, ohne zu empfinden, daß er sein Amt schändet und das deutsche Volk blamiert? Selbst die Kahlköpfe fühlen, wie ihnen die Haare zu Berge stehen wollten. War denn wirklich kein Staatssekretär, kein Freund vorhanden, der den deutschen Reichskanzler vor dieser eigenen Bloßstellung bewahren konnte? Wäre in Kulturstaaten wie England oder Frankreich ein solcher Ministerpräsident möglich? Man denke an Hermann Müller, Wirth, Stresemann, Marx, Luther, Brüning usw., und denke dann, ob sie jemals fähig gewesen wären, eine solche Rede zu halten. Nicht Hitlers wegen sagen wir das, sondern des deutschen Volkes wegen. Woher nimmt Hitler das Recht, verdiente Männer und Frauen und Parteien zu diffamieren, vor aller Welt zu beschimpfen? Ist das die Aufgabe eines Kanzlers? Und was hat Hitler sonst für die deutsche Arbeiterschaft bereit? Die Arbeitsdienstpflicht, die Sklaverei.

Wir behaupten: dieser Regierung fehlen alle Eigenschaften, um das deutsche Volk zu führen. Das Volk wird wieder genau wie unter Papen in eine Nervosität hineingeredet und hineingebeht, die zum Bürgerkrieg führen muß.

Dann noch eins: Junker und Spießherren haben in letzter Zeit wieder eifrig zum Verfassungsbruch. Die Herren wollen erken. Wer einen Verfassungsbruch begeht, ist ein Verbrecher und muß als solcher behandelt werden, einerlei, was er ist und wie er heißt.

Die deutsche Arbeitnehmerschaft hat es aber in der Hand, den verfassungsbruchlünsternen Subjekten einen Strich durch die Rechnung zu machen. Die Reichstagswahlen sind am 5. März festgesetzt. Jede Stimme mehr für die Sozialdemokratie ist ein Schlag gegen die Verfassungsbrecher, gegen die Arbeiterfeinde.

unvorbereitet ins Jenseits gehen, und außerdem muß man ja auch sein Testament machen. Es ist das gute Recht eines jeden Staatsbürgers, jetzt endlich Klarheit zu bekommen. Schließlich ist es niemandem angenehm, mit einem Kopf umherzulaufen, von dem er nicht einmal weiß, wem er nun eigentlich gehört.

Also wir wollen positive Antwort: „Wann und wessen Köpfe werden rollen?“

Die Nacht der langen Messer.

„Die Nacht nach dem Siege gehört euch, SA-Leute, sie wird die Nacht der langen Messer sein!“

„An den Galgen mit den Verbrechern, die uns zehn Jahre mißregiert haben!“

Und wie ist es denn mit den Hanfstricken?

Ach! die Maulhelden. Hundert gegen einen, ja, da sind die Nazis Helden, aber sonst sind sie die erbärmlichsten Feiglinge.

Heimlich und hinterrücks, wie die ehemaligen Offiziere in den Nazischulen es die berufsmäßigen Mörder gelehrt haben, jawohl, darin sind sie groß, aber feige gegenüber einem gleichstarken Gegner.

Wir werden ja nun sehen, was aus all den Drohungen wird, die seit Jahren gegen die „Marxisten“ ausgefohen wurden. Zweifelloso wartet das Verbrechertum darauf, sich seinen Anlagen entsprechend zu betätigen, denn man hat ihnen ja seit Jahren versprochen, daß ihr Tag, oder besser ihre Nacht, kommen soll. Vermutlich konnten sie ihre Drohungen noch nicht ausführen, weil sie fortwährend dem Orange nach dem Klosett nachgeben mußten, um die Hosen vor Schaden zu bewahren.

Heimannsberg Vorsitzender des Verbandes preuß. Polizeibeamten.

Am 20. Juli 1932 ließen die preußischen Junker durch ihre Werkzeuge den Kommandeur der Berliner Schutzpolizei mit Gewalt (Reichswehr mit Handgranaten) hinausjagen, weil er Republikaner ist.

Dafür haben jetzt die Rauschmeißer eine klaffende Ohrfeige erhalten. Der Verbandstag der preußischen Polizeibeamten hat am 25. Januar 1933 Heimannsberg zum 1. Verbandsvorsitzenden gewählt. Der Verbandstag schloß mit einem Hoch auf das deutsche Volk und die deutsche Republik. (Und im stillen gegen die junkerlichen Staatsverbrecher und Postenjäger.)

13. Bundesausschusssitzung des ADGB.

In der Sitzung am 13. Januar 1933 gab Leipart einen Überblick über die Entwicklung der politischen Lage. Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften haben sich am Sonnabend und Montag wiederholt bemüht, beim Reichspräsidenten vorstellig zu werden, um im Sinne ihrer in diesen Tagen veröffentlichten Erklärungen auf ihn einzuwirken. Er war aber nicht zu sprechen.

Was von der Regierung Hitler-Papen-Hugenberg sozialpolitisch zu erwarten ist, zeigt das Verhalten des Reichsarbeitsministers, zeigen die sachlichen Umgruppierungen im Reichsarbeitsministerium und im neugebildeten Krisenministerium. Auch die Haltung gegenüber einer Persönlichkeit wie dem Staatssekretär Grisefer läßt die innere Einstellung des neuen Arbeitsministers klar erkennen.

Die Einordnung der Tarifabteilung in das Krisenministerium Hugenberg's läßt keinen Zweifel, wohin der Kurs geht. Keine staatliche Lohnpolitik, vielleicht auch keine Schlichtung mehr, selbst nicht in dem jetzt schon entarteten Sinne! Auf anderen Gebieten des Tarifrechts wird die gewerkschaftsfeindliche Haltung des neuen Mannes bald genug hervortreten.

Die Arbeiterschaft wird mehr als je auf ihre eigene Kraft angewiesen sein. Es bedarf keiner Hervorhebung, daß die Gewerkschaften zu dieser Regierung in Opposition stehen. Das kann und wird sie nicht hindern, die Interessen der Arbeiterschaft auch gegenüber dieser Regierung zu vertreten. Die Gewerkschaften werden die Ansprüche der Arbeiter auf Gleichberechtigung in Staat und Wirtschaft mit genau der gleichen Entschiedenheit weiterverfechten wie bisher. Organisation, nicht Demonstration, das ist die Parole der Stunde. Die Gewerkschaften haben Jahrzehnte hindurch in diesem Geiste gehandelt. Sie werden dieser Lösung durch verstärkte Werbefähigkeit auch in der kommenden Zeit treu bleiben.

Grasmann ergänzte den Bericht Leiparts durch Ausführungen über die verschiedenen Möglichkeiten der politischen Entwicklung. Alles kommt auf die Geschlossenheit der Organisationen, auf die Erhaltung und den Ausbau einer einheitlichen Front der Arbeiterschaft in ihren Gewerkschaften an.

Die Aussprache ergab in eindrucksvollster Weise die einmütige Übereinstimmung aller Verbandsvertreter mit der Haltung des Bundesausschusses. Die Gewerkschaften werden im einzelnen Falle ihre Haltung zu dieser Regierung von ihren Fakten abhängig machen. Sie stehen bereit, wenn nötig, jeden Tag, neue Entscheidungen zu treffen. Die Haltung der gewerkschaftlichen Führung kann und darf sich aber nicht von gefühlsmäßigen Gesichtspunkten bestimmen lassen. Daß die deutsche Arbeiterschaft, soweit sie den Geist der deutschen Arbeiterbewegung in sich aufgenommen hat und gewerkschaftlich geschildert ist, sich gegen diese sozialreaktionäre Regierung am liebsten in unmittelbarer Aktion zur Wehr setzen würde, ist menschlich begreiflich, aber sachlich falsch. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Gewerkschaften die Interessen der deutschen Arbeiterschaft schützen würden, wenn sie diesen Impulsen nachgeben würden. Die Ruhe und die Zuversicht, die für die Verhandlungen des Bundesausschusses kennzeichnend waren, kommen nicht von ungefähr, sie stammen aus der genauen Kenntnis der reichen Widerstandskräfte der deutschen Arbeiterschaft, die in ihrer jahrzehntelangen Geschichte schon manchen Gegner kommen und gehen sah, von dem die Sage ging, daß er die Arbeiterbewegung endgültig vernichten werde. Dieses Bewußtsein der Kraft, das keiner großen Feste bedarf und der Disziplin der Arbeiterschaft sicher ist, ist die feste Grundlage der ruhigen Haltung der gewerkschaftlichen Führung in den letzten Tagen.

Leipart sagte die Aussprache zusammen. Die gegenwärtige Regierung mag — in rücksichtsloser Ausnutzung von Machtverhältnissen, die gegenwärtig günstig für sie zu liegen scheinen — eine tariflose Zeit, vielleicht gar einen weiteren Abbau der Löhne durchsetzen, sie mag aus der Kumpelkammer veralteter Vorstellungen reaktionäre Pläne heraufholen und Einrichtungen schaffen, die den bestehenden Rechten und dem Freiheitswillen der deutschen Arbeiterschaft widersprechen — die deutsche Arbeiterschaft weiß nicht nur aus der Erfahrung der letzten Jahre, sondern aus ihrer ganzen Geschichte, daß auf eine lange Periode sozialen Aufstieges auch einmal ein Rückschlag, ja vorübergehende Erfolge bewußten Rückschritts folgen können. Diese Erfahrung wird den Glauben an die Macht und die Zukunft der gewerkschaftlichen Organisation in ihren Anhängern nicht ertöfen, dieser Glaube wird auch diejenigen wieder ergreifen und zu ihren Fahnen führen, die heute die wirtschaftliche Not unserer Organisationen entsetzt hat. Keine deutsche Regierung wird die deutsche Arbeiterschaft und ihre Organisationen überwäligen können, weil sie ihren Geist nicht unterdrücken kann. Es wird auch dieser Regierung nicht gelingen.

Erfolgreiche Werbearbeit.

Gau 5.		Gießen 28	
(20. Oktbr. bis 31. Dezbr.)		Hannan 118	
Rastenburg 59		Hösch 86	
		Höhr 48	
Gau 13.		Kassel 144	
Corbach 20		Limburg 11	
Darmstadt 277		Mainz 131	
Frankfurt 94		Offenbach 15	
Julda 42		Worms 52	

Reichstag am 1. Februar aufgelöst.

Wahltermin: 5. März 1933.

Der Reichspräsident hat folgende Verordnung erlassen:

„Nachdem sich die Bildung einer arbeitsfähigen Mehrheit als nicht möglich herausgestellt hat (Das stimmt nicht. Die Red.), löse ich auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung den Reichstag auf, damit das deutsche Volk durch Wahl eines neuen Reichstags zur neugebildeten Regierung des nationalen Zusammenschlusses Stellung nimmt.“

Seit Papen haben die Regierungen eine große Angst vor dem Reichstag. Reichstag heißt Öffentlichkeit. Der Reichstag kann den Junkern ihre Räuberei am deutschen Volkvermögen austreiben. Es wäre so schön, wenn man „unfer sich“ wäre. Wir wollen weder Hitler- noch Stalin-Diktatur. Wir wollen weder die Knechte eines Jaren von rechts oder links sein. Sozialdemokratie heißt Freiheit!

Es werden Köpfe rollen.

Wir Marxisten sind unhöflich genug, Herrn Hitler an seinen Auspruch zu erinnern, den er vor Gericht getan hat. „Es werden Köpfe rollen!“ Heute ist Herr Hitler Reichskanzler, und er darf es uns nicht abelnahmen, wenn wir, gedrängt von unserer Neugierde, die Frage stellen: „Wie steht es mit dem Köpferollen?“ Wir möchten wissen, wie lange wir noch zu leben haben. Man will doch schließlich nicht

ROD! Wo bleibt die Abrechnung?

In der Nr. 3 des „Proletarier“ haben wir uns mit der AFD-Presse auseinandergesetzt, weil sie unsere Jahresabrechnung gefälscht zitiert hatte. In dem Artikel „Welcher kommunistische Esel hat denn das wieder geschrieben?“ sagten wir dann:

„Wir stellen an die AFD-Presse die Frage: Wo sind die Abrechnungen der AFD, und der ROD? Können ihr es wagen, so offen Rechnung abzulegen wie wir? Nein, das könnt ihr nicht, ihr habt zuviel zu verbergen!“

Für diese Behauptung bringen wir hier einen Beweis:

Anfang März fand die Generalserversammlung des GDB (Einheitsverband der Bauarbeiter) in Essen statt, mit der Tagesordnung: Jahresbericht und Verschiedenes. Die Kollegen stellten den Antrag, den Kassenbericht auf die Tagesordnung zu setzen, der aber nicht gegeben wurde. Jetzt kam der Antrag, eine neue Generalserversammlung in vier Wochen stattfinden zu lassen mit der Tagesordnung: Jahres- und Geschäftsbericht, ferner Kassenbericht. Die Generalserversammlung fand nun am 1. April 1932, abends 8 Uhr bis nachts 1 Uhr, in der Frohnhauser Straße bei Fischer statt. Erschienen waren von der Bezirksleitung Essen der große revolutionäre Plättermann aus Hamborn und der Broschürenreferent, Abc-Schütze in der Gewerkschaftsbewegung, Legis aus Kray.

Aus der Versammlung kam erneut der Antrag, den Kassenbericht auf die Tagesordnung zu setzen; aber, so wohl Legis von Kray, der die Versammlung leitete, schrie gleich auf: „Seit wann gibt es in einer revolutionären Organisation einen Kassenbericht?“ Die einen Kassenbericht verlangen, sind nicht revolutionär. Wer nun glaubte, von Plättermann einen Geschäftsbericht zu hören, hatte sich schwer geteilt. Der große Rückgang der Mitgliederzahl ist zu erklären aus der großen Mißwirtschaft, die im Einheitsverband der Bauarbeiter herrscht. Plättermann hatte einen schweren Stand und schrie und schimpfte auf die Mitglieder, die immer wieder von der Organisation in Essen den Kassenbericht hören wollten. In der Ansprache, der man nicht ausweichen konnte, kamen dann auch die Dinge ans Tageslicht, warum kein Kassenbericht gegeben wurde. Der bisherige Kassierer Fleckenstein aus Essen, der frei und ehrlich die 10-Pfennig-Organisation und ihre Kasse verwaltet hat, war es jetzt, daß so mit den Groschen der Kollegen umgegangen wurde, und hat selbst seinen Posten niedergelegt. Und warum?

Die ROD hatte für Herrn Saesko ein französisches Auto gekauft. Wenn Ersatzteile nötig waren, mußten sie aus Paris bezogen werden. Natürlich mußte der Einheitsverband der Bauarbeiter dieses bezahlen. Nach einem halben Jahr war das schöne Auto kaputt. Und jetzt sollte auch noch der Kassierer 250 Mk. zahlen. Die Miete für 1 1/2 Zimmer im ROD-Haus in der Drei-Linden-Straße beträgt je Monat 60 Mk. Gab die ROD Flugblätter heraus, die Bauarbeiter mußten dazu ihre Quote bezahlen. Eine Rechnung, was die Flugblätter gekostet hatten, wurde von der ROD dem Kassierer des Einheitsverbandes der Bauarbeiter niemals vorgelegt, er hatte nur zu zahlen. So berichtete der Kassierer Fleckenstein. „Kollegen, ich habe das nicht mit ansehen können und konnte das mit der Ehre eines Arbeiters nicht verantworten. Nun urteilt ihr, Kollegen!“

Die Bezirksleitung, Herr Plättermann und Legis, konnten darauf keine Antwort geben; sie waren geschlagen. Darauf nahm der ehemalige Kassierer seine Mitgliedsbuch

warf es auf den Vorstandstisch und sagte: „Mit euch will ich nichts mehr zu tun haben.“ Ein anderer Redner führte aus: „Daß hier etwas faul ist, zeigt, daß man nicht vom Kassenbericht sprechen darf.“

Ein alter Kollege führte aus: „Ich bin 35 Jahre organisiert, war früher im Baugewerksbund, aber einen solchen Sumpf wie im Einheitsverband habe ich noch nicht gesehen. Die jungen Männer in der Bezirksleitung Plättermann und Legis haben von gewerkschaftlichen Dingen so viel Ahnung wie der Ochse vom Klavier spielen.“

Ein anderer Redner führte aus: „Ihr habt uns aufgefordert, in den anderen Organisationen Zellen zu bilden und Opposition zu betreiben. Das ist hier bei euch eher am Platze als bei den anderen Organisationen.“ Die Mitglieder machten durch allerlei Zurufe ihren Unwillen kund. Plättermann und Legis sahen da wie begossene Pudel. Ein Schachmeister, der auch erwerbslos ist, führte aus: „Aber Kollegen, ich bin das zweifelhafte bei euch in der Versammlung. Wenn das der Baugewerksbund oder gar die Industrieverbände hören würden, das wäre ein Schauspiel für Götter. Das ist doch keine Organisation, das ist doch ein Mißhaufen.“ Die Wohlfahrtsarbeiter hat man in den Streik geschickt und ihnen dann eine Liste in die Hand gedrückt, sie sollen für sich sammeln und Kartoffeln besorgen, weil Geld für Unterstufung nicht da war, das brauche man für Auto und Benzin.

Aus der Mitte der Versammlung lief ein Antrag ein mit 20 Unterschriften, in vier Wochen eine neue Generalserversammlung einzuberufen und einen spezifizierten Kassenbericht zu geben. Alle Kollegen stimmten dafür, nur der neue Kassierer, der angebliche Polier Daun, stimmte dagegen; der wird wohl schon Bescheid wissen. Bittere Klagen brachten viele Kollegen vor. Einer sagte: „Bei der Kassierung hat mir ein Kollege das Buch an den Kopf geworfen, weil...“ der Kollege Brettenstein, welcher ihn am Gericht vertreten wollte, einfach nicht vertreten hat. In Essen Stadtmittelpunkt sind in vierzehn Tagen achtzig Mitglieder ausgefallen. Sie sagten, das machen wir nicht mehr mit.“ Die Versammlung verließen viele mit der Bemerkung: „Nimmer mehr ein Einheitsverband, ihr bekommt keinen Groschen mehr.“ Nach dieser Abfuhr hielt Plättermann eine Schimpfskanonade auf die Kollegen, die den Kassenbericht verlangten. Sie sollten sich was schämen, das sind nur Rörgier, und dann fuhr er fort: „Die werden wir alle ausschließen, die sich untern Anordnungen der AFD und der Bezirksleitung nicht fügen.“ Man rief Legis zu: „Du bist noch schlechter als Hoebeles.“ Da meldeten sich die Kollegen aus Kray zu Wort und charakterisierten den Maulhelden Legis folgendermaßen: „Legis hat, als er in Arbeit stand, sich nicht an den Tarif gekümmert. Er hat überstunden geklopft, und jetzt sitzt er in der Leistung und hat das große Maul und schimpft auf Angestellte anderer Verbände.“ Legis war demaskiert. Kreidebleich sah er am Tisch. Die Kollegen verließen das Versammlungslokal. Also, Kollegen, wir haben nichts zu sagen, AFD, ROD, und ihre Bonzen bestimmen und wir sind die Dummen. Kollegen, ich bin davon kuriert, von den Revolutionären mit dem großen Maul. Bleibt, wo ihr seid, laßt euch nicht mißbrauchen von der ROD! Die Phrasenhelden sagen euch, geht in den Streik und schwingt den Bettelstab. Das ist der Einheitsverband für das Baugewerbe ROD.

Der Bericht spricht für sich selbst. Jedes Wort wäre überflüssig und würde die Wirkung nur abschwächen. Nur eine Frage: „Kann ein vernünftiger, ehrlicher Arbeiter solchen „Führern“ nachschauen?“

Das Landesarbeitsgericht hat die Beklagte zur Rentenzahlung an die alten und pensionsberechtigten Angestellten verurteilt. Gegen dieses Urteil kämpft der Konkursverwalter des pleiten Nordwollekonzerns mit der Revision an. Er verlangt Abweisung der Klager mit ihren Ansprüchen und macht geltend, daß der gesamte Pensionsfonds in die Konkursmasse übergegangen sei.

Das Reichsarbeitsgericht hob das Urteil auf und wies die Pensionäre mit ihren Ansprüchen ab.

Das ist das kapitalistische System.

Pfui Teufel vor solchen Spitzbuben, die Millionen vergenden und ihre Mitmenschen in Not und Elend bringen. Abregens, geht es den Labusens jetzt gut?

Der doppelte Sinn des Hungersterbens.

„Hungersterben kann“, so erklärte Lassalle einmal in einer seiner berühmten Reden, „in einem doppelten Sinne genommen werden. Ja, so im Augenblick hinfallen, tot sein im Moment vor Hunger — das geschieht sehr selten; aber wenn man fortwährend eine größere Verausgabung von Kräften vornimmt, als man infolge zu schlechter Lebensmittel und einer zu schlechten Lebensweise überhaupt ersehen kann, wenn also die Ausgabe von Kräften beständig die Einnahme übersteigt, so stirbt man auch Hungers im Laufe der Zeit... Nur, daß dieses Hungersterben dann gerade so lange dauert, daß man vollauf Zeit hat, Kinder in die Welt zu setzen. So vermehrt sich die Bevölkerung und die Arbeiterklasse, und der Prozeß des Hungersterbens ist demnach ein permanenter.“

Aber die Reichen essen und trinken ja, damit die Armen nicht verhungern. So teilte das „Berliner Tageblatt“ in seiner Nr. 614/1932 mit:

„Die großen internationalen Hotels haben die Preise für die Silvester-Menüs ganz beträchtlich gesenkt: Adlon feiert seit 25. Silvester-Jubiläum, das Gedeck kostet 10 Mark, davon gehen 2 Mark zu wohltätigen Zwecken ab; Bristol, das zweite große Hotel Unter den Linden, serviert aus seiner weltberühmten Küche für 16 Mark ein Jahresend-Menü; im Kaiserhof zahlt man ebenfalls 16 Mark, hiervon gehen zu wohltätigen Zwecken 3 Mark ab. Esplanade veranstaltet einen Silvesterball (Gedeck 16 Mark), im Eden kostet im Pavillon das Gedeck 20 Mark; das Central-Hotel veranstaltet in diesem Jahre ebenfalls eine Silvesterfeier (Gedeck 10 Mark), ebenso der Fürstenthof, wo unter dem Motto „Luftige Ankerbelung“ (Gedeck 10 Mark) ins neue Jahr hinübergewechselt wird.“

Wenn die Arbeitnehmerschaft geschlossen handelt, dann braucht kein Mensch Hungers zu sterben, aber die jetzige Wirtschaftsordnung muß sterben. Das verhindern heute noch AFD und Nazi gemeinsam.

Frauenfragen.

Die Arbeiterinnen und das Mitbestimmungsrecht.

Aus dem Vortrag von Vertrud Hanna auf der Betriebsrätekonferenz am 21. Januar 1933.

Wenn auf der heutigen Tagung über die Frauen im Betriebsrat besonders gesprochen wird, so zeigt dies allein schon, welche Bedeutung der Bundesvorstand dieser Frage beimißt.

Die Annahme, daß Frauen wenigstens in der ersten Zeit nur sehr schwach in den Betriebsräten vertreten sein würden, hat sich bekräftigt. Die Gewerbeaufsichtsbeamten haben 1923 Erhebungen über die Frauen in den Betriebsräten veranstaltet. Das 1925 veröffentlichte Ergebnis zeigte, daß weibliche Betriebsratsmitglieder seltene Erscheinungen waren. Sehr häufig fehlten sie überhaupt. Ich weiß, daß die Schuld dafür nicht einseitig den Männern zugeschrieben werden kann. Die Erhebungen gaben ja auch bekannt, daß Frauen selbst dort nur als verschwindende Minderheiten in Erscheinung getreten waren oder gänzlich fehlten, wo überwiegend Frauen beschäftigt waren, ja, daß in Betrieben mit nur Frauenarbeit Betriebsräte meist überhaupt nicht zustande gekommen waren. Das beweist, daß die Frauen in den Betrieben häufig die nötige Aktivität vermissen lassen. Es beweist aber auch, daß die fast ausnahmslos gänzlich oder überwiegend aus Männern bestehenden Funktärkörper unserer Gewerkschaften sich nicht sonderlich bemüht hatten, die weiblichen Mitglieder zur Mitarbeit heranzuziehen.

Seitdem ist es erheblich besser geworden. Mit jeder Wahl sind mehr Frauen als Betriebsratsmitglieder gewählt worden. Frauen und Männer haben sich dafür eingesetzt. Und die Frauen haben sich als Betriebsratsmitglieder auch bewährt. Im Textilarbeiterverband übersteigt sogar die Zahl der weiblichen Betriebsratsmitglieder die der männlichen. Die Frauenarbeit hat in allen Berufszweigen zugenommen.

Die Ursache für die starke Zunahme der Frauenarbeit ist in der Hauptsache die niedrige Entlohnung der Frauen, denn sie erhalten im günstigsten Falle im Durchschnitt nur zwei Drittel der Löhne männlicher Facharbeiter. Ich weiß freilich, daß die Betriebsräte nicht unmittelbar auf die Löhne einwirken können. Aber die Betriebsräte sind doch „der verlängerte Arm“ der Gewerkschaften. Sie können aus ihren Erfahrungen heraus die Gewerkschaften über die Wirkung schlecht entlohnter Frauenarbeit informieren, und sie können Anregungen geben für Aktionen, die von den Gewerkschaften unternommen werden müssen, um die Folgen der Frauenarbeitslosigkeit zu beseitigen, da auch wir Frauen bedauern, daß durch sie Männer arbeitslos werden und nun die Frauen mit ihrem geringen Arbeitsverdienst ihre Familien ernähren müssen.

Die Mitarbeit von Frauen in den Betriebsräten wird aber sicher dazu beitragen, zu erkennen, daß mit einem Kampf gegen die Frauenerwerbsarbeit das Abel nicht beseitigt werden kann, nicht einmal mit einem grundsätzlichen Kampf gegen die Arbeit der verheirateten Frauen, sondern daß wir versuchen müssen, in gemeinsamer Arbeit von Männern und Frauen die

Inter ROD.-Führung.

In der Ziegelei von Donnerhack in Hartmannsdorf bei Kroffen hat nach Lösung des Arbeitsverhältnisses ein kommunistisch orientierter Kollege bei dem Arbeitsgericht eine Klage auf Bezahlung des tariflichen Lohnsatzes und des Urlaubs für 1932 erhoben. Bei dieser Verhandlung stellte sich heraus, daß diese ROD-Strategen nicht nur auf den Tariflohn verzichtet haben, sondern der Arbeitgeber konnte, ohne bei dem klagenden Kollegen und seinem ROD-Vertreter Widerspruch zu erregen, vor dem Arbeitsgericht feststellen, daß er mehr an Lohn gezahlt hat, als diese ROD-Strategen verlangt haben, und dabei ist der Arbeitgeber 4 bis 7 Pf. unter dem tariflichen Stundenlohn geblieben. Es sei sogar ausdrücklich ausgemacht worden, den Tarifvertrag nicht zu achten und Urlaub nicht zu gewähren. Da man in diesem kommunistisch verfaßten Betriebe einen Betriebsrat für überflüssig hielt, eben weil jeder Arbeiter so revolutionär war, daß er für sich den Lohn senkte, mußte der Kläger abgewiesen werden.

Die Ziegeleiarbeiter von Hartmannsdorf sollten sich nun einmal überlegen, ob sie richtig gehandelt haben, als sie den Parolen der Kommunisten und der ROD Folge leisteten. Sie haben wohl jede Woche den geringen Verbandsbeitrag gepakt, dafür aber das Vergnügen gehabt, wöchentlich 3 Mk. bis 5 Mk. weniger an Lohn zu erhalten, und überdies durften sie auch in bezug auf Ferien die kürzeren ziehen.

Hauptversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform.

Die Hauptversammlung der GfSR fand am 27. und 28. Januar in Hannover statt. Wenn der Vertreter der Reichsregierung, Staatssekretär Dr. Grieser, folgende Erklärung abgab: „Die Reichsregierung bekennt sich zur sozialen Mission des Staates, nicht bloß weil bei der Massennot die Staatsanliegen das gebietet, sondern weil das sittliche Gerechtigkeitsgefühl es auch für eine geordnete Wirtschaft verlangt.“, so haben solche Worte nur theoretische Bedeutung, weil die Regierung, in deren Namen diese Erklärungen abgeben wurden, gerade gefälscht wurde.

Den einleitenden Vortrag hielt Prof. Pöegsch-Heffter (Ahl) über Sozialpolitik im Wandel der Staatspolitik. Er ging davon aus, daß die Sozialpolitik verschiedene Wandlungen im Laufe der zwei Jahrzehnte durchgemacht habe, jetzt aber die sie umlagernden Zonen der Gesellschaftsbildung grundsätzlich unanwandelbar und durchdringung. Prof. Pöegsch sprach es richtig aus, daß der Erwerb der politischen Macht nicht ausreichte, um alle sozialpolitischen Forderungen zu erfüllen. Der das ganze Volk durchdringende Gefühlszustand als Voraussetzung dessen sei anzusetzen. Das Verlangen nach der schließlichen Selbstbestimmung der Volksgemeinschaft ist deshalb für die Sozialpolitik zum bedeutungsvollsten innerpolitischen Ereignis im Wandel der Nachkriegszeit geworden.

Frau Prof. Frieda Wunderlich, die in der geschlossenen Sitzung der Hauptversammlung zum Generalsekretär der Gesellschaft für Soziale Reform gewählt war, sagte sich warm für die Bekämpfung der Arbeitszeit ein. Sie führte u. a. an: Sozialpolitik ist in ihren Grundzügen unabhängig von Wandel und Gestalt der Staatspolitik, wie die Entwicklung in allen Industriestaaten der Welt zeigt. Durch die Wirtschaftskrisierung ist der

Bestand der Sozialpolitik besonders in der Sozialversicherung gefährdet. Ein ernst erscheinendes Problem ist das der Verkürzung der Arbeitszeit zur Entlastung des Arbeitsmarktes. Die vierzigstündige Woche ist als Krisenmaßnahme auch bei wiederaufsteigender Konjunktur notwendig, weil sonst die Gefahr besteht, daß die Besserung sich in einer Verlängerung der Arbeitszeit auswirkt. Prof. Frieda Wunderlich appellierte an die deutschen Unternehmer, sich dafür einzusetzen, daß die Erschwerungen und Hemmnisse der Arbeitszeitverkürzung beseitigt werden. Prof. Dr. Stählein betrachtete die sozialpolitischen Probleme der Zeit vom Standpunkt der jungen Generation aus.

In der anregend verlaufenen Ansprache nahm zuerst Dr. Broecker als Vertreter des GDB das Wort. Die Stellung der Gewerkschaften zum Staat, so führte Dr. Broecker u. a. aus, wird letzten Endes entscheidend beeinflusst durch die Sozialpolitik, die dieser Staat treibe. Die Abkehr der letzten Jahre von dieser Richtung, der Einbruch in wichtige sozialpolitische Grundrechte, hat neben anderen auch zu wachsender Entfremdung zwischen Arbeitnehmerschaft und Staat geführt. „Die Gewerkschaften bekennen sich rückhaltlos zur Sozialpolitik, wie sie in der Nachkriegszeit aufgebaut wurde.“ Recht unklar waren die Ausführungen des Herrn Dr. Branweiler, geschäftsführenden Präsidialmitgliedes der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände. Die Sozialpolitik müsse sich, so erklärte er, an die jeweilige Lage des Volkes und seiner Wirtschaft anpassen. Recht wird Herr Branweiler mit folgender Meinung haben: Derjenige Teil der Wirtschaft, der nicht über starke Organe, Unionen verfügt, wird der Unterlegene sein. Prof. Graf zu Dohna machte darauf aufmerksam, daß wir wahrscheinlich kurz vor der Entscheidung stehen, ob der Staat von 1919 sich behaupten oder der Reaktion das Feld räumen wird. Dennoch lasse sich ein Volk von 60 Millionen weitgehend proletarisiert Menschen, das den Krieg erlebt und politische parlamentarische Verantwortung getragen hat, nicht wieder auf den Zustand der Abhängigkeit zurückdrängen. Gegenüber seinen sonstigen Aufgaben vertrat Klemens Nörpel die Auffassung, daß allein die Anerkennung des Prinzips des Kollektivismus die Basis für die Wege aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten bieten könne.

Solche mehr oder weniger interessanten theoretischen Auseinandersetzungen mögen von Zeit zu Zeit am Platze sein. Letzten Endes entscheidet die organisatorische Macht, die jeder einzelnen Gruppe zur Vertretung sozialpolitischer Ansprüche zur Verfügung steht.

Ausländer in der Krisenfürsorge.

Mit dem Erlaß des Reichsarbeitsministers vom 10. Januar dieses Jahres können nunmehr auch schweizerische Staatsangehörige in die Krisenfürsorge aufgenommen werden. Zur Erinnerung diene, daß bereits Staatsangehörige von Österreich, Polen, Großbritannien und Nordirland, ferner Danzig, ebenso Staatenlose zur Krisenfürsorge zugelassen sind. Somit unter der gleichen Voraussetzung wie Deutsche Krisenunterstützung beziehen können. Herm. Lamprecht.

Der Pensionsstabenbetrug.

Die Angestellten des Nordwollekonzerns, der durch die Millionenvermehrung der Löhnen im Juli 1931 in Konkurs geraten ist, sind durch die Betrugsmanöver der Firmeninhaber um ihre Pensionsansprüche geprellt worden. Jahrzehntlang haben sie ihre Beiträge gezahlt, und jetzt verweigerte der Konkursverwalter den alten armen Leuten die Pension. Sie mußten klagen.

denen üblichen Folgen der Frauenerwerbsarbeit zu beseitigen, das wir mit Frauennarbeit aber rechnen müssen, ob uns das persönlich zusagt oder nicht.

Die Mitarbeit von Frauen in den Betriebsstätten wird es auch ermöglichen, Rücksicht auf die auf Erwerbsarbeit angewiesenen Frauen in den Betrieben zu nehmen bei der Einrichtung der Betriebe, zum Beispiel durch Hinwirken auf die Schaffung von zweckmäßigen Garderoberräumen, Gelegenheiten zur körperlichen Reinigung, Beschaffung von Sitzgelegenheiten für die Pausen, die ein Ausruhen ermöglichen, von Gelegenheiten zum Wärmen von Speisen oder zur Bereitung warmer Getränke, wenn eine Kantine fehlt. Oft fehlen derartige Einrichtungen selbst in größeren Betrieben, oder sie sind in mangelhaftem Zustande.

Was hier vor den geschulten Vertretern unserer Mitglieder gesprochen wird, muß hinausgetragen werden in die Kreise derjenigen, zu denen wir nicht unmittelbar sprechen können. Und so will ich denn meine Ausführungen schließen mit der Hoffnung, daß das, was ich gesagt habe, Anregung sein wird für alle diejenigen, für die sie gedacht waren und für die sie notwendig sind; wenn wir die Betriebsvertretungen, für deren Schaffung die Gewerkschaften Jahrzehnte hindurch gekämpft haben, zu dem machen wollen, was sie sein sollen:

Vertrauenskörper für die in den Betrieben tätigen, auf Erwerbsarbeit angewiesenen Männer und Frauen, zur Sicherung ihrer Existenz und zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen.

Chemische Industrie

Die Totenkammer von Bomlitz

Es scheint sich zu bewahrheiten, daß keiner von den Arbeitern der Bomlitzer Pulverfabrik eines natürlichen Todes stirbt. Nach der Explosion 1925, bei welcher zwei Arbeiter getötet und vier schwer verletzt worden sind, wurde von unserem Verband auf die bei der Firma im Schwarzpulverbetriebe bestehende Bewährungszulage aufmerksam gemacht und erklärt, daß diese Bewährungszulage in gewissem Sinne einen Anreiz gibt zur Erhöhung der Leistung des einzelnen Arbeiters. Von der Firma wird das immer bestritten. Das ist verständlich, die Firma will damit eine Schuld ihrerseits ablehnen.

Der Schwarzpulverbetrieb bei der Firma Wolff & Ko. ist ein ewiger Unglücksherd. Seit 1911 haben sich im Schwarzpulverbetriebe folgende Explosionen ereignet:

Jahr	Zeit	Betriebsabteilung	Opfer
1911	Freitag, 28. 7., nachm. 5.50 Uhr	Stampfmühle	1 Mann tot
1914	Donnerstag, 12. 11.	Läufer Walzenförnerwerk	1 " "
1916	Montag, 5. 6., nachm. 2.45 "	Presse Körnerwerk I	8 " "
1916	Mittwoch, 19. 7., nachm. 7.50 "	Körnerwerk II	3 " "
1921	Sonntag, 5. 2., vorm. 10.40 "	Körnerwerk	1 " "
1922	Montag, 14. 8., nachm. 1.15 "	Körnerwerk	1 " "
1923	Freitag, 6. 4., vorm. 7.40 "	Presse	3 " "
1924	Donnerstag, 25. 9., vorm. 11.50 "	Stampfwert Vorpulverwert	2 " "
1925	Dienstag, 20. 10., vorm. 12.40 "	Körnerwerk Siebwerk	2 " "
1933	Dienstag, 24. 1., nachm. 3 "	Keller (Menge 3) Siebwerk	2 " "

Im Schwarzpulvermühlbetriebe der Firma Wolff & Ko. werden gegenwärtig 35 bis 40 Arbeiter beschäftigt. Waren diese Arbeitskollegen schon im Jahre 1911 bei der Firma beschäftigt gewesen, so wäre bis jetzt die Hälfte von ihnen in diesem Nordbetriebe getötet.

In der letzten Zeit haben die Arbeiter der Firma Wolff reichlich zu Klagen Anlaß gehabt. Im Transportbetriebe werden viele Arbeiter augenkrank. Einige konnten infolge heftiger Schmerzen an den Augen nach Beendigung der Schicht nicht einmal ihre Wohnungen aufsuchen. Welches sind die Ursachen? Will die Firma nicht auf ihre Kosten für Abhilfe sorgen? Dann muß es die Gewerbeinspektion. Sollen denn die Arbeiter dieser Firma zum Tode verurteilt sein? Gegen alle diese Gefahren, von denen die Arbeiter bei der Ausübung ihrer Arbeit bedroht werden, haben wir ständig gekämpft.

Die Ursachen der Explosion in Bremen

harren noch immer der Aufklärung. Trotdem die zuständigen Behörden bemüht waren, Licht in diese Angelegenheit zu bringen, sind die Ergebnisse ihrer Tätigkeit bis jetzt nur unzureichend.

Das soll kein Vorwurf gegen die Behörden sein, denn es sind anscheinend eine Reihe von Umständen miteinander verknüpft, die auf die Untersuchung hemmend wirken. Nach dem seitherigen Untersuchungsergebnis hat sich einwandfrei ergeben, daß die verhängnisvolle Explosion durch einen hochbrisanten Sprengstoff verursacht worden ist. Wie der Sprengstoff an die Stelle des Unglücks gelangt ist, und um welchen Sprengstoff es sich handelt, konnte bis jetzt nicht aufgeklärt werden. Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen. Erst wenn das Endergebnis vorliegt, kann man zu einem endgültigen Urteil kommen. Die Tatsache allein, daß Sprengstoff in einem stillgelegten Betrieb vorhanden gewesen ist, genügt, daß die verantwortlichen Stellen die Frage erwägen müssen, wie in Zukunft derartige Unglücksfälle verhütet werden können. Derartige Betriebsanlagen müssen, ehe sie abgebrochen oder verändert werden, auf das genaueste von Sachleuten untersucht werden. R. Segerer.

Unter Hitlers Kanzlerschaft.

- Für die Unternehmer:
 - Beseitigung der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei.
 - Beseitigung der Sozialversicherung.
 - Niedrige Löhne.
- Für die Händler, Krämer u. Krainer:
 - Verbot der Konsumvereine und Warenhäuser.
 - Niedrige Steuern, zinsloses Geld.
 - Höchste Preise.
- Für die Bauern:
 - Deutschlands Abkapselung vom Weltmarkt.
 - Steuersfreiheit.
 - Zinsloses Geld.
 - Höchste Preise.
- Für die Arbeiter und Angehehen:
 - Arbeit für alle.
 - Hohe Löhne.
 - Niedrige Preise.
 - Einführung der Winnenmark (Inflation).
- Für „seine Führer“:
 - Alle Führerstellungen im Reich, in den Ländern und Kommunen.
 - Zerschlagung der Demokratie.
 - Faschistische Diktatur.

Günstige Entwicklung in der Chemie.

Die I.G. Farbenindustrie, A.G., kann in ihrem letzten Vierteljahresbericht auf günstige Anlässe zur Belebung auf verschiedenen Arbeitsgebieten der Gesellschaft hinweisen. In Farben und Färbemittelprodukten hält die Besserung des Absatzes an. Für Chemikalien hat sich der begonnene Aufstieg fortgesetzt. Im Stickstoffabfall ist gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung zu verzeichnen. Auf dem Gebiet der Photographie weist das Inlandsgeschäft eine leichte Steigerung auf. Auch der Umsatz in Kunststoffe hat eine Steigerung erfahren. 5000 Personen wurden bis jetzt neu eingestellt. Die früheren saisonmäßigen Rückgänge wurden also in diesem Jahre durch eine leichte konjunkturelle Geschäftsbelebung ausgeglichen. Starke Kräfte innerhalb der deutschen Politik sind allerdings am Werke, derartig günstige Anlässe zur Wirtschaftsbelebung wieder vollständig zu zerschlagen.

Nahrungsmittel-Industrie

Die Vereinigung Mitteldeutscher Rohzuckerfabriken (Konzern Rositz-Halle) im Jahre 1931/32.

Der seit zirka 10 Jahren bestehende Konzern Rositz-Halle ist einer der größten Konzerne der Zuckerindustrie. Seine Jahresberichte bieten daher einen interessanten Einblick in die Zuckerwirtschaft des verflossenen Jahres. Aber seine Entwicklung geben nachstehende Zahlen näheren Aufschluß.

Betriebsjahr	Zahl der Rohzucker-Fabriken	Rübenverarbeit. in Ztr.	+ - %	Zuckererzeugung in Ztr.	+ - %
23/24	50	22 184 255	+ 30	3 433 410	+ 29
24/25	48	31 439 236	+ 41,7	4 877 809	+ 45
25/26	48	24 951 520	- 20,6	3 780 185	- 24
26/27	48	32 231 918	+ 29	4 958 197	+ 31
27/28	48	29 823 280	- 7,5	4 681 913	+ 5,8
28/29	47	29 539 069	- 1	4 708 471	+ 0,6
29/30	46	29 249 527	- 0,9	4 783 184	+ 1,6
30/31	44	38 402 566	+ 31,3	6 502 616	+ 34,8
31/32	40	27 289 699	- 29	4 718 619	- 27,5

Vorstehende Zahlen zeigen, daß die Zahl der Konzernbetriebe seit seinem Bestehen ständig abgenommen hat. Mit 50 Betrieben wurde der Konzern gegründet, im letzten Betriebsjahr gehörten ihm nur noch 40 Betriebe an und in der Kampagne 1932/33 nur noch 38 Betriebe. Ein Teil der Betriebe ist ausgefallen, die meisten ausgeschiedenen Betriebe sind aber stillgelegt, und ihre Rübenverarbeitung ist von anderen Konzernbetrieben übernommen. Insgesamt wurden vom Konzern 25 715 116 Zentner Rüben auf Zucker verarbeitet. Die Zuckererzeugung des Konzerns betrug rund 4,7 Millionen Zentner. Die gesamte Zuckererzeugung in Deutschland betrug in der vorletzten Kampagne rund 81,8 Millionen Zentner, so daß der Konzern ungefähr ein Siebentel des deutschen Zuckers erzeugt.

Die wirkliche Rübenverarbeitung betrug rund 32 Millionen Zentner. Davon wurden rund 25,7 Millionen Zentner auf Zucker für die menschliche Ernährung verarbeitet. Der Rest wurde entweder auf vergällten Zucker, auf Vollschmelz oder auf Zuckerschmelz mit erhöhtem Feuchtigkeitsgehalt für Futtermittelzwecke verarbeitet. Der Geschäftsbericht bemerkt dazu, daß die Konzernbetriebe den höchsten Prozentsatz der Rüben für Futtermittelzwecke verarbeitet haben. In den übrigen Betrieben sei dieser Prozentsatz nicht so groß.

Aus dem Bericht geht ferner hervor, daß die Konzernbetriebe für Rüben einen Durchschnittspreis von 1,14 Mk. gezahlt haben. In diesem Durchschnittspreis sind auch die Rüben, die für Futtermittelzwecke verarbeitet sind, eingerechnet. Für diese Rüben sind aber nur 40 Pf. je Zentner gezahlt. Rechnet man die für Futtermittelzwecke verarbeiteten Rüben mit 40 Pf. je Zentner an, dann ergibt sich für jene Rüben, die auf Zucker verarbeitet sind, ein Rübenpreis von ungefähr 1,32 Mk. In der Vorkriegszeit wurden für diese Rüben 1,05 bis 1,10 Mk. je Zentner gezahlt. Die Zuckerindustrie zahlt also für jene Rüben, die auf Zucker verarbeitet werden, trotz aller Klagen heute noch einen wesentlich höheren Preis als in der Vorkriegszeit.

Im Konzern sind im Laufe des letzten Jahres sowohl bei der Geschäftsführung als auch in der Organisation wichtige Veränderungen vorgenommen. Der bisherige langjährige Geschäftsführer ist ausgeschieden. Zwischen dem Konzern und der Zuckerraffinerie Hildesheim ist eine Interessengemeinschaft geschaffen worden. Weiter besteht eine Interessengemeinschaft mit der Süddeutschen Zucker-A.G. Der Mitteldeutsche Konzern hat also sein Interessengebiet erweitert. Er beherrscht nicht nur die Zahl der ihm direkt angeschlossenen Betriebe, sondern er hat seinen Einfluß auch auf die Süddeutsche Zucker-A.G. und auf die Zuckerraffinerie Hildesheim aus, der wiederum eine Anzahl Rohzuckerfabriken angeschlossenen sind. Aber 50 Rohzuckerfabriken wurden so direkt oder indirekt vom Konzern kontrolliert. Das sind rund 25 Prozent der arbeitenden Rohzuckerfabriken.

Aber die Geschäftslage im allgemeinen zeigt der Bericht dasselbe Bild, wie wir es bereits im „Proletarier“ Nr. 3 und 4 geschildert haben. Insbesondere geht aus dem Bericht hervor, daß die dem Konzern unterstellten Zuckerraffinerien im letzten Jahre ebenfalls stark verkürzt gearbeitet haben. Die Raffinerie Halle arbeitete vom 12. Oktober bis 24. März, Rositz vom 1. Oktober bis 25. April und Alten vom 14. Oktober bis 22. April. Das sind für Raffinerien so kurze Betriebszeiten, wie wir sie früher nicht gekannt haben. Die Zuckerraffinerie Alten ist im letzten Jahre stillgelegt. Der im Konzern anfallende Zucker soll in Halle und Rositz verarbeitet werden. Hoffentlich werden diese beiden Raffinerien dann länger arbeiten können.

Der Bericht des Konzerns ist ein Spiegelbild der allgemeinen Lage in der Zuckerindustrie. Ein erheblicher Rückgang bei der Rübenverarbeitung und bei der Zuckererzeugung ist festzustellen. Dementsprechend war die Hauptbetriebszeit nicht nur in den Rohzuckerfabriken, sondern auch in den Zuckerraffinerien kürzer als im vorhergehenden Jahre.

Ein Gläschen Korn.

Von Alexander Sacher-Masoch.

Der Herbst ging mit großen Schritten über das Land, ein gewaltiger Maier tauchte seine Pinzel ein in geschmolzenes Gold, rötliche Terra und hellen Ocker. Noch einmal blühte alles auf vor seiner Kunst. Solche Tage sind selten. Man überdenkt, was der Sommer gebracht hat und das Jahr an Arbeit und Freuden und an Leid. Die Kartoffeln sind ausgebeutet, und für ein, zwei Tage hält man den Atem an und läßt die Hände ruhen. An so einem Tag ging Michel in den Dorfkrug, Finks knecht zu suchen, mit dem er zu sprechen hatte wegen eines Füllens. Er sah braun und kräftig aus, ganz anders als vor Jahresfrist, denn damals hatte er ein Geschwür im Magen oder so etwas Ähnliches, und es war ihm sehr elend zumute. Der Doktor hatte ihm verschiedenes gegeben und ihm eingeschärft, wie er jetzt leben solle in der nächsten Zeit, daß er arbeiten dürfe wie zuvor aber mit Essen vorsichtig sein müsse. Und vor allen Dingen rief er zum Abschied:

„Nicht trinken! Keinen Tropfen Alkohol! Ein Jahr lang nicht!“

Michel hatte das alles treu gehalten. Seine kräftige Natur tat das übrige.

Er trat in den Krug. Finks knecht, ein breiter, rothaariger Bauer mit struppigem blonden Haar und gutgenährtem Bäuchlein, saß mit den anderen Burschen um den großen Tisch, ein hässlicher Falstaff, schmausend und trinkend. Sie feierten den sonnigen Herbsttag. Michel, etwas schwächern geworden durch die lange Krankheitszeit, stieß mit dem Daumen gegen seinen runden Hut, hustete ein paar mal und setzte sich an den Nebentisch. Die Wirtin brachte, wie selbstverständlich, ein Gläschen Korn, das sie vor ihn hinstellte. Nun war er ein viel zu unständlicher Mensch, als daß er vermocht hätte, den Korn gleich abzulehnen. So hob er das Gläschen mit dem Handrücken vorsichtig ein wenig von sich, räusperte sich ein paar mal und sagte dann zum anderen Tisch hinüber:

„Vertold“, sagte er, „ich möchte wegen des Füllens...“
„Quatsch!“ riefen die vom anderen Tisch, „hab dich nicht so, Michel, mit deinem dämlichen Ernst. Du siehst, daß wir feiern!“
Michel sah das ein und machte ein verlegenes Gesicht. Er überlegte gerade, wie er sich jetzt verabschieden und entfern könnte, aber die Situation war ungewöhnlich und keinesfalls leicht entwirrbar. Vor ihm stand der Schnaps, den er zwar nicht bestellte, aber durch sein Stillschweigen anerkannt hatte; trinken wollte er ihn nicht, andererseits war es ein unmöglicher Gedanke, etwas zu bezahlen, was man nicht trank. Er kratzte sich also den Kopf. In diesem Augenblick riefen die von drüben einstimmig:

„Prost, Michel!“
Das war ein neues Unglück, und Michel nahm es mit einem verzweifellen Schlucken hin. Er überlegte wieder, wie man sich in einem solchen Falle passend entschuldigt. Er trank ja nicht, seit einem Jahr etwa, und es lag ihm auch wirklich nichts am Trinken. Er hatte sich auf diese Weise ein ganz hübsches Stämmchen gespart, und er gedachte dies auch weiterhin zu tun. Er überlegte, aber bei den anderen waren Witz und Verstand durch den Trunk aufgestockt und erbiht, mit einem Wort, sie waren übermäßig geworden, woran auch der schöne Herbsttag gewissermaßen schuld war. „Prost!“ schrien sie jetzt wieder. „Wird's endlich, da alles Kamel?“

Michel machte ein schamämlisches Gesicht; er hatte gerade beschlossen, einmal keimmal sein zu lassen und den Schnaps zu trinken. Das Konsumaz-Jahr war ohnehin vorbei, Schaden konnte ihm der Alkohol nichts. Andererseits ärgerte er sich über das Wort „Kamel“. Diese Bezeichnung schien ihm zu stark zu sein. Seine Stirn begann sich zu röten. Sämtliche Höflichkeitsschekel, die während der letzten paar Minuten sein Hirn zerquält hatten, flatterten wie bunte, freigelassene Vögel von ihm fort, und erleichtert brummte er:

„Wer sagt euch, daß ich trinken will? Laßt mich in Frieden!“
Die anderen kicherten, kufften heimliche Zeichen und klatschten sich auf die Schenkel. Offenbar machten sie sich über ihn lustig. Aber sie sagten nichts mehr.
Nunmehr sah er schon in der Patsche; jetzt zu trinken, verbot ihm sein Ehrgefühl; ohne getrunken zu haben, wollte er nicht be-

zahlen; ohne zu zahlen, mochte er nicht fortgehen. Hinüber zu den anderen — das ging nicht, da jetzt ziemlich gespannte Stimmung herrschte. Er saß also verblissen auf seinem Platz, mußte nicht, was er beginnen sollte, und wurde immer wütender dabei. Eine verteilte Patsche war das, zum Donnerwetter!

Nach einer Weile riefen die anderen wieder einstimmig: „Prost!“ und glogten herüber zu ihm.
Michel hob seinen Hut von rückwärts in die Stirn, kramte in seinen Taschen aufgeregt nach der Stummelpfeife, fand sie, kramte nach Streichhölzern, fand sie, kramte nach Tabak — es war keiner da.

Die anderen beobachteten jetzt interessiert und leise wiehernnd sein vergebliches Bemühen. Tabak von ihnen verlangen — das war unmöglich. Also nahm er die Pfeife erbittert zwischen die Zähne und knackte die Kiefern zusammen. Schweigend sog er am kalten Stummel. In diesem Moment sagte einer der Burschen am Nebentisch zufällig:

„Hier wozu zu rauchen?“ und breitete ein neues Paket Feinschnitt vor den anderen aus. Er sagte das gewiß unabsichtlich, aber es paßte irgendwie in die ganze Situation hinein.

In diesem Augenblick also sprang Michel, unterrot vor Zorn und seiner Sinne nicht mehr mächtig, auf, packte er das Gläschen Korn, goß es mit einem Zug hinunter. Dann trat er vor und verabschiedete Bertold rechts und links ein paar Schallende. Kurz gefagt, es entstand in den nächsten Sekunden eine furchtbare Schlägerei in der Gaststube. Tische, Stühle, Spiegel wurden zertrümmert, die Wirtin bekam unversehens auch etwas ab und häßte zwei Zähne ein. Michel kämpfte bis zum letzten Atemzug wie ein wünder Eber und wurde eine Stunde später schwer verletzt ins Krankenhaus abtransportiert. Mit ihm Bertold und noch drei andere Burschen.

So etwas hatte die Gegend noch nie erlebt. Man zerbrach sich den Kopf über die Hintergründe dieser krautigen Geschichte. Politisch? Liebe? Geld?

Der gezahlte Rübenpreis zeigt davon, daß die Zuckerindustrie und die rübenbauende Landwirtschaft trotz des Produktionsrückganges auf ihre Rechnung gekommen sind. Für die Arbeiterfrage aber brachte der Produktionsrückgang nur erhöhte Arbeitslosigkeit und eine kürzere Betriebszeit. Die deutsche Zuckerzeugung ist weit unter den deutschen Verbrauch zurückgegangen. Hoffen wir, daß das neue Jahr eine Steigerung bei der Zuckerzeugung und mithin erhöhte Arbeitsmöglichkeit bringt.

E. Senkfeil.

Berichte aus den Zahlstellen.

Freiburg (Sachsen). Der Vorsitzende Koll. Tempel eröffnete die am 21. Januar 1933 im „Lindengarten“ in Freiberg tagende Generalversammlung und gedachte der verstorbenen Verbandsmitglieder. Koll. Tempel erstattete den Jahresbericht. Infolge des schamlosen Spiels der Nazis und Kozis mußten wir Verschlechterungen der so schwer erkämpften und für die Arbeiterschaft wichtigsten Lebensbedingungen hinnehmen. In der Chemie- und der Papierindustrie, welche noch einigermaßen beschäftigt sind, konnte ein weiterer Lohnabbau durch das Eingreifen der Gewerkschaft verhindert werden. Die Glasindustrie liegt vollständig daneben. Unsere Bemühungen, wenigstens einen Teil dieser Industrie wieder in Gang zu setzen, waren bisher ohne sichtliche Erfolge. In der hiesigen Porzellanindustrie sind die Aussichten trostlos. Durch das Überhebeln des hiesigen Finanzamtes in das Verwaltungsgebäude der Porzellanfabrik Kahla dürfte das Schicksal des Betriebes und ihrer leitenden Arbeiterschaft besiegelt sein. Die Ziegelindustrie, die zur Zeit ebenfalls vollständig lahmliegt, war auch während der Sommer-Saison schlecht beschäftigt. Es ist beabsichtigt, die staatliche Schmelzhütte und den Schwefelsäurebetrieb in Rubenbitten stillzulegen. Als erste haben sich unsere Gewerkschaftsvertreter und die SPD-Fraktion des Sächsischen Landtags für die Erhaltung dieses Betriebes eingesetzt. Die Pappfabrik „Kürprinz“ in Groß-Schirma, Firma Keil, mit erstklassigen technischen Einrichtungen, zählt 10 und 15 Pf. je Stunde unter dem für allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrag. Den Arbeitern werden Formulare vorgelegt, auf welchen sie sich unterschreiben und verpflichtet werden sollen, billiger zu arbeiten. Wer nicht unterschreibt, fliegt auf die Straße oder wird bei der nächsten Entlassung bestimmt mit bedacht. Sogar vor Betriebsratsmitgliedern wird nicht haltgemacht. Den Kassenbericht erstattete Koll. Pöhl. Der Mitgliederbestand hat sich gegenüber dem letzten Quartal um 8 erhöht. Die Ansprache über den Geschäfts- und Kassenbericht war sachlich und zustimmend. Die Wahlen zur Verwaltung, zu den Branchen und der Delegierten ergaben kein neues Bild. Die alte Verwaltung wurde einstimmig wiedergewählt. Koll. Langfeller weist auf die vom Bezirksfürsorgeverband der Amtshauptmannschaft Freiberg geplanten Herausnahme der Wahlfabrikserwerbslosen aus dem Versicherungsverhältnis der Krankenkassen hin. Es muß verhindert werden, der Arbeiterschaft eine der wichtigsten sozialen Erwerbungsarten zu entreißen. Durch den Vorstoß der SPD-Vertreter im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages ist es unter anderem gelungen, nach dieser Richtung hin vorzugehen. Die Regierung wurde beauftragt, dafür Sorge zu tragen, daß die Fortsetzung der Mitgliedschaft für Erwerbslose in den zuständigen Krankenkassen erfolgt und die in der Sozialversicherung von den Erwerbslosen zu leistenden Pflichtbeiträge aus öffentlichen Mitteln befreit werden. Nachdem auf die kommenden Betriebsratswahlen hingewiesen wurde, schloß Koll. Tempel die Versammlung. Angreifen muß unsere Zukunftsparole sein!

Greifenberg. Die Generalversammlung nahm den Geschäftsbericht entgegen. Die Mitgliederzahl ist stabil geblieben. In der hiesigen Zuckerfabrik wurde in der verflochtenen Kampagne zum erstenmal in vier Schichten gearbeitet, wodurch ein großer Teil Arbeiter mehr eingestellt werden konnte. Nach der Beendigung der Kampagne haben auch die Firmen Kalksandstein- und Zementwarenfabrik Holzrichter und die Zementwarenfabrik Künzel die Arbeit eingestellt. Auch die Karthoffelackfabrik und die Tonwarenfabrik haben vorläufig den Betrieb stillgelegt, so daß fast alle Betriebe stillliegen und eine besonders große Arbeitslosigkeit in diesem Winter herrscht, wovon auch unsere Kollegen hart betroffen werden. Fast sämtliche Kollegen sind arbeitslos. Die Ofen- und Tonwarenfabrik hatz nach dem Kriege bis zum vorigen Jahr immer gearbeitet. Ob uns die kapitalistische Wirtschaft noch einmal aus dem Sumpf herausbringen kann? Zunächst ist erforderlich, daß die von der freien Gewerkschaften immer wieder geforderte Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich geschaffen wird.

Karl Möbe.

Hannover. Von der Zahlstelle war auf Sonntag, den 22. Januar, eine Konferenz der Vertrauensleute der Zuckerindustrie nach Hannover einberufen. Kollege Senkfeil vom Hauptvorstand führte in seinem Referat den Vertrauensleuten die Folgen falscher Lohn- und Steuerpolitik für die Zuckerarbeiter vor Augen. Senkfeil zeigte an Beispielen und Zahlen, daß die Zuckerindustrie sich in der Vorwärtszeit sehr gut entwickelt hat. Eine Überfüllung des Weltmarktes trat mit den Jahren 1930/31 ein. Deutschland mußte seine Zucker nicht aus, weil der Zucker auf dem Weltmarkt unter 6 Mk. angeboten wird, während der Preis in Deutschland 20,25 Mk. bis 23 Mk. beträgt. Eine Ansprache bringt der deutschen Industrie große Verluste. Die Ansprache über den Vortrag war sehr reger. Von einer Anzahl Kollegen wird ebenfalls festgestellt, daß die Zuckerindustrie in den letzten Jahren geschäftlich nicht schlecht abgegangen habe. Trotzdem und trotz feststehender Preise ist eine starke Lohnsenkung eingetreten. Beim nächsten Punkt, Agitation und Werbearbeit, kam zum Ausdruck, daß wir nicht fragen dürfen: „Wollen wir für den Verband werden?“, sondern, daß es heißen muß: „Wir haben die Pflicht, zu jeder Zeit und bei jeder sich bietenden Gelegenheit für den Verband zu agitieren und zu werben!“ Wohl kam die Frage beantwortet werden: „Wie betreiben wir am besten Agitation?“ Wir haben alles daranzusetzen, um den Arbeiter, welche glauben, durch ihre Tätigkeit den Gewinn der Gewerkschaften zu schwächen, zu zeigen, daß wir bereit sind, den Kampf gegen die Zerstörer aufzunehmen. Die Hege der bekannten Verungläubiger erachtet sich als notwendig für die Agitation. Wir begegnen dieser Hege am besten damit, daß wir den falschen Apfeln unsere praktische Gewerkschaftsarbeit immer wieder vorhalten. In der Ansprache wurden die Schwierigkeiten hervorgehoben, welche sich bei der Agitation ergeben. Trotz alledem gelobten unsere Vertrauensleute, alles daranzusetzen, um auch bei den Zuckerarbeitern, die doch gewiß nicht zu den bedauernswürdigsten Arbeitern gehören, zu werben und sie für die Organisation zu gewinnen. Auf der Feststellung dieses Beschlusses schloß Kollege Koch die Konferenz.

Hildesheim. Am Sonntag, dem 29. Januar 1933, fand unsere Generalversammlung statt. Der Vorsitzende Hermann Gremmels widmete den verstorbenen Kollegen Witzschneider, Metzke und Schulze einen ehrenden Nachruf. Dann erstattete der Geschäftsführer Heier. Hillebrandt den Kassen- und Jahresbericht, der ohne Ausprüche angenommen und genehmigt wurde. Es erfolgte einstimmig Entlassung. Die alte Ortsverwaltung, mit Hermann Gremmels als 1. Vorsitzenden, Heier Hillebrandt als 2. Vorsitzenden und Adolf Eichhorn als 1. Schriftführer, ferner Wilhelm Lechte als 1. Friedrich Volkmar als 2. und Karl Bräuer als 3. Revisor, wurde wiedergewählt. Hierfür erhielt Kollege Gremmels in sein durchdrachten Worten die Jubilare Karl Henze, Nikolaus Luschinski, Hermann Feldmann, Heze Wagner, Wilhelm Lege, August Körig, Heier Schriever und Karl Wenz. Mit dem Ruf „Freiheit“ wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Adolf Eichhorn, Schriftführer.

Ladenburg. Note Gewerkschaftsopposition abgelehnt. Selbstentlassung des Gewerkschaftsleiters Hopp. Am Sonntag, dem 22. Januar, fand im Lokal „Zum Hirschen“ die Jahresgeneralversammlung statt. Zu dieser hatte die KPD schon Wochen vorher Stellung genommen, denn es galt, die Geschlossenheit und Einheit der Organisation zu zerstören. Als der Vorsitzende die Tagesordnung bekanntgegeben hatte, stellte Hopp (Hembsch) drei Anträge und forderte im Auftrag der Antragsteller, dieselben vor Eintritt in die Tagesordnung zu erledigen. Im ersten Antrag verlangten Hopp und Genossen, daß der Ausschluß eines früheren Kollegen, der wegen Veruntreuung von Gewerkschaftsgeldern im Betrage von 151,05 Mk. aus dem Verbandsausguss gelassen wurde, vom Zentralvorstand rückgängig gemacht werden müsse und der Kollege wieder in seine Funktion als erster Bevollmächtigter eingesetzt werden solle. Man sollte nicht für möglich halten, daß sich jemand schämen vor solche Menschen stellt. Der Antrag wurde vom Vorsitzenden zurückgewiesen. Aus dem Kassenbericht ging hervor, daß, um die Not der erwerbslosen Kollegen zu lindern, im Jahre 1932 von der Zahlstelle 2260 Mk. vorausgeschickt wurden. Das war möglich, obwohl die oben genannten KPD-Helden als Vollarbeiter schon länger als ein Jahr 10-Pf.-Marken klieben. In der Ansprache gab Hopp und Schäfer ihrer Meinung Ausdruck. Ihr Kampf galt nicht dem Unternehmertum, der Reaktion und der Generalsregierung, sondern unseren Führern, insbesondere der Gauleitung, dem Hauptvorstand, dem Vorstand des AOB, und dem verstorbenen Genossen Bernstein. Gegen den Genossen Leipart lag ein Antrag auf Ausschluß aus den freien Gewerkschaften vor. Wie geistig beschränkt sind doch diese Moskauer, wenn sie glauben, daß der Vorsitzende des AOB, in der Ladenburger Zahlstellen-generalversammlung aus den freien Gewerkschaften ausgeschlossen werden könnte. Bei Punkt Neuwahl wurde die seitherige Ortsverwaltung mit Ausnahme eines Revisors mit großer Mehrheit wiedergewählt. Den Posten des ersten Bevollmächtigten verlor Hopp in die Hände der KPD, zu spielen, was ihm aber nicht gelang, denn Kollege Kremers wurde mit fast Zweidrittelmehrheit wiedergewählt. Ahnungslos unterließ sich Hopp mit seinem Freund Schäfer, als Kollege Kich aus Neckarsulzen einen Aufnahmeheschein der KPD, der von Hopp unterzeichnet war, an ihrem Platze fand. Bei Bekanntgabe dieses Fundes große Bestürzung bei Hopp und Genossen. Ein allgemeines Pöbelverurteilte Hopp's niederträchtiges Doppelspiel. Für Leute wie Hopp ist kein Platz im Arbeiterverband. Die Kollegen Kremers, Hirz und Kich rechneten in der Ansprache mit den Wurschen Hopp und Schäfer ab; diese zogen ab wie begossene Pudel, ihre drei Anträge im Stiche lassend. An die Kollegen und Kolleginnen geht jedoch der Mahnruf, laßt euch von diesen Zerplitterern der Arbeiterschaft nicht irreführen und nicht mißbrauchen, bleibt eurer Organisation treu, sucht die Indifferenten zu gewinnen, damit ihr ein geschlossenes Ganzes seid, kämpft mit uns für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, für die Niederrückung des Kapitalismus und der finsternen Mächte der Reaktion, für die Einführung einer besseren Gesellschaftsordnung mit dem Endziel: Übergang zur sozialistischen Bedarfswirtschaft!

Wilhelm Kremers.

Leipzig. Am Freitag, dem 27. Januar 1933, fand die Generalversammlung der Zahlstelle statt. Kollege Schumann gedachte der neun proletarischen Klassenkämpfer, die in Dresden bei einem Zusammenstoß mit der Polizei ihr Leben lassen mußten. Des weiteren gedachte Kollege Schumann unserer im vergangenen Jahr verstorbenen Mitglieder. Zum Geschäftsbericht führte Kollege Schumann folgendes aus: Das Jahr 1932 sei ein Jahr der Weltwirtschaftskrise gewesen. 30 Millionen Arbeitslose, Millionen von Kurzarbeitern, Lohnabbau und soziale Reaktion reden eine deutliche Sprache. Es gibt keinen anderen Ausweg als Planwirtschaft - Sozialismus. Seit Jahrzehnten kämpfen die Arbeiterbewegungsorganisationen für dieses Ziel, während auf der anderen Seite die Kapitalistenklasse um die Erhaltung ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht kämpfe. Kollege Schumann streifte dann kurz die öfteren Wahlen und den Regierungswechsel sowie die Maßnahmen der Herrenklubregierung. Den größten Teil der Lasten, welche durch die Krise entstehen, werfe man auf die Schultern der Arbeitnehmerschaft. - Den Kassenbericht erstattete Kollege Heinrich. Einige Zahlen, die die Solidarität erkennen lassen, seien besonders hervorzuheben. Allein die Zahlstelle Leipzig zählte an Arbeitslose 32 053 Mk., an Kranke 11 912 Mk., an Invaliden 33 463 Mk., an Streikunterstützung 2165 Mk. Wenn auch die Krise einen gewissen Rückschlag gebracht habe, so sind doch die finanziellen Verhältnisse nicht ungünstig, so daß wir jederzeit in der Lage sein werden, Kämpfe zwecks Erringung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse durchzuführen zu können. Die Ansprache über den Jahresbericht war, abgesehen von einigen Entgleisungen sogenannter oppositioneller Redner, rein sachlich. Auf einen Angriff gegen die Verbandsleitung, daß gegen die Papen-Notverordnung vom 4. und 5. September nichts getan sei, konnte Kollege Schumann im Schlußwort darauf hinweisen, daß gerade der Verband der Fabrikarbeiter viele Kämpfe dagegen geführt habe, und erwähnte, daß insgesamt beim AOB 93 Lohnbewegungen als Abwehr gegen die Papen-Notverordnung gemeldet seien. Davon entfielen allein 285 auf den Verband der Fabrikarbeiter. 95 Prozent dieser von unserem Verband durchgeführten Bewegungen seien mit vollem Erfolg zu verbuchen; schwerere Kämpfe aber ständen uns noch bevor. Die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse drängen zu einer Entscheidung. In jedem Mitglied liege es, dafür zu sorgen, daß, wenn diese Entscheidung kommt, wir gerüstet und kampfbereit sind. Tue jeder seine Pflicht, dann können uns die Vertreter der Reaktion, die sich leicht als Wählmänner betätigen, nichts anhaben. Daß gegen die Arbeit e: Zahlstellenleitung nichts einzuwenden sei, fand seine Bestätigung in der Wahl zur neuen Zahlstellenleitung. Alle Mitglieder der Leitung, mit Ausnahme eines Kollegen, der wegen Alters anschied, wurden erneut einstimmig wiedergewählt. F. M.

Liegnitz. Die Bezirkszahlstelle Liegnitz hielt am Sonntag, dem 29. Januar, ihre gut besuchte Jahreshauptversammlung im Volkshaus Liegnitz ab. Die 14 angeschlossenen Ortsgruppen waren mit 25 Delegierten vertreten. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der im Jahre 1932 verstorbenen 19 Mitglieder ehrend gedacht. Die Kollegen Wilhelm Neumann, August Friedrich, Wilhelm Groll und Bruno Späte wurden als Jubilare für 25jährige Mitgliedschaft anerkannt und geehrt und ihnen die Ehrenurkunde vom Verbandsvorstand sowie das Buch „10 Jahre Kampf“ von der Zahlstelle überreicht. Den Geschäfts- und Kassenbericht, der den Mitgliedern vorlag, erläuterte Kollege Späte. Im Berichtsjahre 1932 waren über 30 Prozent der Mitglieder arbeitslos, so daß die Einnahmen aus Beiträgen sehr stark zurückgingen und die Ausgaben an Unterhaltungen erheblich stiegen. Für Unterhaltungen wurden 6000 Mk. mehr ausgezahlt, als an Beitragsanteilen für die Hauptkasseneinnahme wurden. Trotz ansehnlicher Sparmaßnahmen würde diese Mindereinnahme auch auf die Lokalkasse aus, unser Verbandsverband verminderte sich um rund 5000 Mk. Die Notverordnungen brachten unseren Mitgliedern eine ganz wesentliche Drosselung der Kaufkraft. Die Sozialunterstützungen und die Tarifierungen wurden fast nutzlos gemacht. Der gesetzliche Lohnabbau im Jahre 1932 brachte für alle Löhne eine Kürzung von 10 bis 20 Prozent, in der Ziegelindustrie aber 18-34 Prozent. Seit dem Höchststand der Löhne im Jahre 1930 erfolgte ein Abbau in allen Löhnen von 19 bis 26 Prozent, in der Ziegelindustrie aber 25 bis 40 Prozent. Die weit höhere Kürzung der Löhne in der Ziegelindustrie ist darauf zurückzuführen, daß wir im Berichtsjahre tariflos waren; die Unternehmer konnten also die Löhne ganz willkürlich senken, so daß in jedem Betrieb ein ganz anderer Lohn gezahlt wurde. Der Betrieb Kodersdorfer Werke in Pfaffenbrunn (Dachsteinwerke) hat die tariflose Zeit ganz rückwärtslos ausgenützt. Er hat die niedrigsten Löhne im ganzen Bezirk gezahlt. Die Arbeiter erhielten je Stunde 36 bis 39 Pf. und Frauen 24 und 25 Pf. Alle Mitglieder mögen aber aus diesen Umständen erkennen, welchen Nachteil sie haben, wenn kein Tarifvertrag besteht. Kollege Thiele (Dresden) hielt in seinem Vortrag einen Rückblick auf das vergangene Jahr. In seinen Ausführungen zeigte er, wie die

Lebenslage der Arbeiterschaft durch die Notverordnungen verschlechtert wurde. Durch fortwährende Technisierung der Produktion kann die Wirtschaftskrise nicht behoben werden, wenn die Vorteile des technischen Fortschrittes nicht der Gesamtheit zugute kommen. Notwendig ist die Erhaltung der Kaufkraft der Massenverbraucher. Zur Arbeitsbeschaffung und Neuregelung der Wirtschaft wurde das Programm des AOB behandelt. In der Ansprache zeigte sich ein guter Kampfgeist. Die Mitglieder sind gewillt, im kommenden Jahre an der Stärkung des Verbandes mitzuarbeiten, damit es uns gelingt, den verlorenen Einfluß wieder zu erobern. Die Zahlstellenverwaltung wurde restlos wiedergewählt.

Niederbarnsdorf. In unserer am Sonntag, dem 22. Januar, tagenden gutbesuchten Jahresversammlung gedachte Kollege Schröder als 1. Bevollmächtigter der Gestorbenen des verflochtenen Jahres, und zwar des Koll. Gustav Haupt vom Hauptvorstand, ferner der Kollegen Heinrich Schneppe und Karl Reinhardt und der Ehefrauen der Koll. Engelhardt und Tügel. In seinem Jahresbericht gab Koll. Schröder einen Rückblick auf die Strukturveränderungen der gesamten Verbandsbewegung und der unserer Zahlstelle, die auch in der Zeit der Massenentlassungen „Kostgänger“ bei der Hauptkassette war. Von allen Branchen, die von unserer Zahlstelle betreut werden, war es die Papierindustrie, welche die größte Hilfe benötigte. Vier Lohnverhandlungen, welche Gerichtsverhandlungen und eine Verhandlung vom Landesarbeitsgericht waren wegen eines einzigen Unternehmers notwendig. Die Gips- sowie die Ziegelindustrie sind die von der wirtschaftlichen Depression am schwersten Betroffenen, da auch hier infolge der Autarkiestrebungen der herrschenden Regierungskreise die Auslandslieferungen vollständig versiegt sind. Koll. Schmidt gab den Kassenbericht, welcher das Spiegelbild der heutigen wirtschaftlichen Depression ist. Jedoch ist es infolge präziser Kassenführung, verbunden mit umsichtiger Arbeit der Ortsverwaltung, gelungen, die schlimmsten Klippen zu überwinden. Der Mitgliederbestand sowie die Durchschnittsquote der gegählten Wochenbeiträge sind in Anbetracht der wirtschaftlichen Verhältnisse befriedigend. Der Bericht der Bücherkontrolle ergab guten Befund der Mitgliedsbücher. Die Ansprache ergab völliges Einverständnis für die getätigten Arbeiten der Ortsverwaltung und einstimmige Entlassung der gesamten Ortsverwaltung. Zum Punkt Wahlen teilt Koll. Schröder mit, daß Kollege Schmidt wegen Krankheit von seinem Posten als zweiter Bevollmächtigter und Kassenführer zurücktritt, und spricht dem Kollegen Schmidt warme Dankesworte für seine bisherige Arbeit aus. Einstimmig gewählt wurden folgende Kollegen: Oskar Schröder, erster Bevollmächtigter, Aug. Fischer, zweiter Bevollmächtigter, Karl Kukul, dritter Bevollmächtigter, Heinrich Schmidt, Otto Wille, Fritz Gerlach, Oskar Diezgang als Revisoren. Beschlossen wurde, in diesem Jahre eine Jubiläumsfeier, verbunden mit einer geselligen Veranstaltung, abzuhalten. Ferner sind wiederum Vorträge und Wochenendkurse über Arbeitsrecht und Sozialversicherung anberaumt. Nachdem Koll. Schröder noch ausführlich Organisations- und auch Krankenkassenfragen behandelt hatte, konnte die arbeitsreiche Versammlung geschlossen werden. - Aug. Fischer II.

Wittenberg. Am Sonntag, dem 29. Januar, fand im Volkshaus Wittenberg die Jahresgeneralversammlung statt. Hierzu lag ein schriftlicher Tätigkeitsbericht der Verwaltung vor, in dem die Gründe für die Neubesehung der Stelle des 1. Bevollmächtigten, die durch die Krankheit des Kollegen Feustel frei geworden ist, mit dem Kollegen Wiedenbeck dargelegt sind. In Ergänzung des schriftlichen Berichtes gab dann Kollege Wiedenbeck einen Überblick über die Ereignisse im Jahre 1932 in politischer und wirtschaftlicher Art. - Das Jahr 1932 stand im Zeichen der Abwehr. Beilegung des Tarifrechts und Zertrümmerung der Gewerkschaften war das Prinzip des kapitalistischen Unternehmertums, vertreten durch die Regierung Papen. Der Widerstand gegen die Septembernotverordnung habe aber gezeigt, daß die Arbeiterschaft in der Gewerkschaftsbewegung noch ein Machtmittel besitzt. Darum gilt es: „Kampf den Zerplitterungsbestrebungen in der Gewerkschaftsbewegung!“ Unsere Aufgabe muß es sein, auch den letzten unorganisierten oder falsch organisierten Kollegen der Organisation zuzuführen. - Den Kassenbericht gab Koll. Franz. Aus seinen Ausführungen war zu entnehmen, daß bezüglich der Mitgliederbewegung die Krise überwunden und mit einer Aufwärtsentwicklung zu rechnen sei. Die Ortsverwaltung wurde in ihrer bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt. Über unsere Stellung zu den bevorstehenden Betriebsrätewahlen referierte Kollege Tolki. Wie von der „Opposition“ gefordert wurde, „Einheitsliste“ wurde von der übergroßen Mehrheit mit der Begründung abgelehnt, daß wir schon ständig Einheitslisten der freigewerkschaftlich organisierten gehabt haben und daß andere Einheitslisten nicht in Frage kommen können, da ein erfolgreiches Arbeiten der Betriebsräte nur Hand in Hand mit den Gewerkschaften und gestützt auf die Gewerkschaften möglich ist. Unlänglich des Vorfalls in Dresden wurde eine Entscheidung einstimmig angenommen, die eine strenge Unterfuchung des Vorfalls, Bestrafung der Schuldigen und weitestgehende Unterfuchung (staatliche) der Angehörigen fordert.

Die Versammlung fand ihren Abschluß mit der Aufforderung der Verwaltung an die Betriebsräte und Delegierten, in diesem Jahre noch mehr als bisher mitzuarbeiten an der Stärkung der Organisation.

Verbandsnachrichten.

Ausgeschlossen

wurde auf Grund des § 14 Ziffer 3a und 3d in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Statuts das bisherige Mitglied der Zahlstelle Augustburg: Adam Orägel, Mitgl.-Nr. S II 766 289.

Literarisches.

Mar Höpfer: „August Bebel“, Geschichte einer politischen Vernunft. Mar Höpfer gibt seiner letzten erschienenen Schrift „August Bebel“ den Untertitel: Geschichte einer politischen Vernunft. Nicht eine Biographie will er schreiben - nicht den Parteiführer Bebel will er wieder zum Leben erwecken - sondern er bemüht sich, erloschen und dem Nachweis, daß in dem machtvollen Wirken Bebel's die politische Vernunft aufleuchtet, im Werk des Weimarer Reiches nicht einzulassen hat. Im Kampf gegen den Antiparlamentarismus Wilhelm Liebknecht's, dessen alle und veraltete Rede über die politische Stellung der Sozialdemokratie von Sozialrevolutionären und Anarchisten immer wieder zur Begründung einer Gewalttätigkeit aus dem Wüderstahl hervorgehollt wurde, vertritt Bebel eine „Politik der methodischen Vernunft“, keine Politik der „Explosionen“. Langsam wird in Bebel der Demokrat zum Sozialdemokrat. „Sachlich“ schreibt Höpfer, „nicht als förmliche Erleuchtung, sondern als peinliche, sehr reale Erfahrung kam der Umfassung in das soziale Denken August Bebel's.“ Das Buch kann besonders der jüngeren Generation, die das Wirken Bebel's nicht mehr aus eigenem Erleben kennt, wärmstens empfohlen werden. Die Verlagsgesellschaft des AOB hat eine Organisationsausgabe geschaffen, die für freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Mitglieder der SPD. nur 4,85 Mk. kostet.

Der Kaspispiegel. Von Thomas Murner, 112 Seiten, Oktavformat, 2,40 Schilling oder 1,50 Mark (exkl. Porto). Auf knapp hundert Seiten geht die Schrift mit epigrammatischer Schärfe dem Nationalsozialismus sowohl als Partei als auch als Weltanschauung zu Leibe. Die Peinliche des Spottles wirft das fundierte Wissen um die geistesgeschichtlichen Zusammenhänge. Das Horstjopok, das der Autor dem Nationalsozialismus stellt, ist dieses: daß er seinen Höhepunkt als Partei überschritten hat und es mit ihm, auch wenn er noch einige Nachbursgeheste gewinnt, unvermeidlich in den Abgrund geht. - daß er aber trotzdem die Weltanschauung noch keineswegs erledigt ist, ihm vielmehr noch eine Reihe weiterer Entwicklungsmöglichkeiten offen bleibt. Gerade zur rechten Zeit erscheint diese Schrift, die ein Frontalangriff gegen das Hakenkreuz ist. Der „Kaspispiegel“ wird dazu beitragen, daß die Bäume weber in Deutschland noch in Bitterkeit in den Himmel wachsen. Sonderangebot: Beim Bezug von einem Exemplar zum vollen Preis geben wir 10 Kaspispiegel zum Preise von 18 Schilling (statt 24 Schilling) erhaltene Porto. Erhältlich durch den Verlag Oskar u. Ko., Wien VIII, Plattenstraße 5.

Geschäftsleitungen und Geschäfts- und Dienstanweisungen für Krankenkassen. Von August Heilmann, Halle a. d. S., Einzelpreis 2,75 Mk. - Verlagsgesellschaft deutscher Krankenkassen m. b. H., Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 137. Das 240 Seiten umfassende Handbuch füllt zweifelslos eine Lücke in der Krankenkassenliteratur aus. Das notwendige Wissen um die Aufgaben der Kassenorgane und des Geschäftsbetriebes der Krankenkassen ist in einer übersichtlichen Darstellung des Sach- und Rechtsstoffes erschöpfend niedergelegt. Die Abwicklung aller Geschäftsvorfälle in den Sitzungen der Kassenorgane und an den Arbeitsplätzen der Angestellten wird auch dem weniger eingeweihten Leser anständig. Den Kassenverwaltungen ist es eine wertvolle Bereicherung ihres geistigen und technischen Rüstzeuges. Es wird allen Mitgliedern der Kassenorgane und den Kassenangestellten als praktischer Wegweiser bei ihren Dilettantenheiten unentbehrlich sein.